

20. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

5. März 1958

A n f r a g e

237/J

der Abgeordneten Dr. P f e i f e r und Genossen

an die Bundesregierung,

betreffend die Stilllegung der Pensionen der in der Vereinigten Österreichischen Eisen- u. Stahlwerke A.G. und sonstigen staatlichen Unternehmungen beschäftigten Bundespensionisten.

-.-.-.-.-

Mit unserer Anfrage 183/J vom 29. 10. 1957 haben wir die Bundesregierung gefragt, ob sie bereit ist,

1.) eine Regierungsvorlage einzubringen, durch welche die Bestimmungen des § 55 (2) G.-ÜG* aufgehoben oder abgeändert werden, und

2.) die bei der VÖEST und anderen staatlichen Unternehmungen bereits in Verwendung stehenden Bundespensionisten von der Pensionsstillegung auszunehmen oder ihnen für die Dauer der Stilllegung in anderer Form einen Härteausgleich zu gewähren.

Diese Anfrage blieb leider bisher unbeantwortet. Seitdem hat die Zahl derjenigen, deren Pension stillgelegt wurde, zugenommen. Andere sind von der Stilllegung bedroht. Die Verbitterung und Beunruhigung der betroffenen und bedrohten Kreise nimmt ständig zu. Die Angestellten und Arbeiter der staatlichen Betriebe haben ihre bedrängte Lage, aber auch ihre Rechtsmeinung dem Herrn Finanzminister und Abgeordneten beider Regierungsparteien in schriftlichen Eingaben ausführlich dargelegt, sodass genügend Zeit zur Überlegung war.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher unter Hinweis auf § 65 C der Geschäftsordnung an die Bundesregierung die

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit, unsere Anfrage vom 29. 10. 1957, 183/J, zu beantworten oder die Gründe für die Nichtbeantwortung bekanntzugeben?

-.-.-.-.-